



DAS ROTE TUCH

FÜR EINE SOZIALISTISCHE ZUKUNFT

17. Mai 2009

ArbeiterInnen aller Länder, vereinigen wir uns! (Karl Marx)

Preis: 0,50 €

Die Arbeiter müssen sich verteidigen – europaweit!

Nach 50 Jahren mühseligen Aufbaus einer gemeinsamen europäischen Wirtschaft haben die Arbeitenden in Europa heute vor allem... die Folgen der Wirtschaftskrise gemeinsam. In jedem Land versuchen ihre Verursacher, die Kapitalisten, die gesamte Last der Krise auf die Arbeitenden abzuwälzen.



16.5. - Demonstration in Berlin

Continental schließt Werke in England, Spanien, Schweden, Frankreich und Deutschland. Arcelor-Mittal entlässt in Polen, Belgien und anderen Ländern Ost- und Westeuropas. VW hat in Wolfsburg ebenso Kurzarbeit eingeführt wie in der Slowakei. In allen Ländern schießen die Arbeitslosenzahlen nach oben, werden täglich Entlassungen, Werksschließungen, Insolvenzen angekündigt – von Italien bis Rumänien.

Anders als sie es uns einzureden versuchen, sind nicht die Arbeitenden in Osteuropa an Entlassungen und Werksschließungen im Westen schuld. Ebenso wenig die Arbeitenden aus anderen Ländern der Welt, aus Russland, der Türkei oder Afrika. Nein, überall, in West- und Osteuropa sind die Arbeitenden, egal welcher Herkunft, vereint im gleichen Schicksal von Lohnkürzungen, Entlassungen, Elend.



Gegen diesen vereinten Angriff auf ihre Lebenslage brauchen die Arbeitenden in Europa eine gemeinsame Verteidigung. Sie müssen es schaffen, dass die großen Unternehmen und Banken, die Verursacher der Krise etwas von den gigantischen Gewinnen der letzten Jahre herausrücken, um in der Krise überall die Arbeitsplätze

und Löhne zu erhalten und Arbeitsplätze im öffentlichen Dienst zu schaffen. Das aber werden die nicht freiwillig tun.

Kein Wunder, dass Unternehmer wie Politiker in den vergangenen Wochen fast ohne Ausnahme ihre Befürchtung vor möglichen „sozialen Unruhen“ geäußert haben. Sie alle drückten ihre Sorge aus, dass Wut und Proteste aus einzelnen europäischen Ländern sich ausbreiten und auch die deutsche Bevölkerung anstecken könnten.

Ja, sie ahnen, dass der Tag kommen wird, an dem eine Maßnahme zuviel gegen die einfache Bevölkerung das Fass der Wut zum Überlaufen bringen wird. Doch anders als die hohen Herrschaften kann die arbeitende Bevölkerung auf diese Art der europäischen Vereinigung nur hoffen!

Die Reichen werden immer reicher

Laut dem Deutschen Institut für Wirtschaftsforschung (DIW) haben sich die Reichsten in den letzten Jahren immer mehr bereichert. Die reichsten 1% der Bevölkerung besitzen mittlerweile ein Viertel des Reichtums in Deutschland. Die reichsten 10% besitzen sogar 60% des Vermögens, fast 4.000 Milliarden Euro. Dagegen besitzt die große Masse der Bevölkerung fast gar nichts. Angeblich ist die wirtschaftliche Lage katastrophal schlecht... Kommt drauf an, für wen!

„Wir sind sozial unruhig“

In vielen Ländern Europas finden zur Zeit Demonstrationen gegen die massiven Angriffe auf die arbeitende Bevölkerung statt. Am 16. Mai sind auch in Berlin an die 100.000 Beschäftigte aus allen Bundesländern und Branchen gemeinsam unter dem Ruf „Die Verursacher müssen zahlen“ auf die Straße gegangen. Sie machten deutlich: Es gibt viele Arbeitende, die nicht widerstandslos hinnehmen wollen, dass die Folgen der Krise auf sie abgewälzt werden.

Diese ermutigende Demonstration kann ein kleiner erster Schritt sein auf dem Weg, einen solchen Widerstand in den Betrieben aufzubauen. Denn es wird ein ernsthafter, harter und gemeinsamer Kampf großer Teile der Arbeiterschaft nötig sein, um diesen massiven Generalangriff auf die Arbeitenden abzuwehren.

Massenentlassungen verbieten

Die Zahl der Arbeitslosen in der EU ist seit Beginn der Krise explodiert. Über 19 Millionen Menschen waren laut der OECD im März in der EU arbeitslos. Ob im Westen oder Osten, Norden oder Süden, überall die gleiche dramatische Entwicklung: 17,4% Arbeitslose in Spanien (fast doppelt so viele wie noch vor einem Jahr), 9,2% in Ungarn, 7,6% in Deutschland, 6,6% in Großbritannien. Überall entlassen die Konzerne, um in der Krise ihre Gewinne und Vermögen nicht anzutasten.

Um diese bedrohliche Entwicklung zu stoppen, gibt es nur eine wirksame Möglichkeit: das Verbot von Massenentlassungen. Der Erhalt aller Arbeitsplätze muss von den Gewinnen der vergangenen Jahre bezahlt werden!

Wie ein Erdbeben – das Drama der Krise in Osteuropa

Explodierende Arbeitslosigkeit, eine Inflation von 20-40% in 6 Monaten, drastische Sparpläne der Regierungen in allen Bereichen, drohender Staatsbankrott... Das ist die heutige Lage in den osteuropäischen Staaten, von der Slowakei über Rumänien bis Litauen.

EU-Staaten zweiter Klasse

Nie haben diese Länder das Wirtschaftswunder erlebt, das man ihnen nach dem Mauerfall versprochen hatte. Seit Beginn der 90er Jahre hat sich dafür Westeuropa, allen voran Deutschland, den Löwenanteil der osteuropäischen Wirtschaft unter den Nagel gerissen. Autoindustrie und Maschinenbau in Tschechien, Polen und der Slowakei sind völlig von deutschen Konzernen abhängig; den Telekommunikationsmarkt in Ungarn und der Slo-

wakei kontrollieren deutsche Firmen.

Ihre Aufnahme in die EU ab 2004 bedeutete nur die Fortsetzung dieser wirtschaftlichen Ausbeutung und Abhängigkeit. Die osteuropäischen Staaten sind in der EU Staaten zweiter Klasse, die weder wirtschaftlich noch politisch etwas zu sagen haben. Sie



Zehntausende demonstrieren in Litauen gegen die drastischen Sparpläne der Regierung

sind einzig dazu da, den westeuropäischen Konzernen als Vorratskammer an billigen Arbeitskräften, als Absatzmarkt und Investitionsgelegenheit für ihr Kapital zu dienen.

Mit der Wirtschaftskrise hat sich die Lage nun dramatisch verschlechtert. Allein in der Slowakei sind seit dem Herbst 100.000 Arbeitsplätze vernichtet worden – in einem Land, das gerade so viele Einwohner hat wie das Ruhrgebiet. Hinzu kommen die vielen, die im Ausland arbeiteten und jetzt als erste entlassen wurden. Und weil die westeuropäischen Banken mit Beginn der Krise ihre Gelder aus Osteuropa abzogen,

drohte Ungarn, Rumänien und Lettland sogar der Staatsbankrott.

Monatelang hat die EU einfach zugeschaut, wie so mehrere Mitgliedsstaaten immer tiefer versanken. Im März und April hat sie schließlich einige dutzend Milliarden Kredite gewährt, um deren Staatsbankrott zu verhindern.

Sonst hätten nämlich die größten Gläubiger dieser Staaten auch ihr Geld verloren, und das sind westeuropäische Banken.

Keine Rettungspakete

Auch dieses „Rettungspaket“ also ist ein Hilfspaket für die westeuropäischen Banker, nicht aber für die Bevölkerung. Denn als Gegenleistung für die Hilfspakete müssen die osteuropäischen Staaten brutale Sparprogramme durchsetzen: weniger Geld für alle sozialen und öffentlichen Aufgaben, massive Rentenkürzung, Streichung von Familienbeihilfen...

Die Krise erinnert deutlich daran, dass sich die einfache Bevölkerung in Westeuropa und Osteuropa gegen einen gemeinsamen Feind zur Wehr setzen muss: gegen die großen Banken, Konzerne und ihre Regierungen, die überall versuchen, die Arbeitenden an die Wand zu drücken, um in der Krise ihre Vermögen zu retten.

Welche Zukunft hat Europa?

Die wirtschaftliche Entwicklung drängt seit langem nach einer wirklichen, und zwar weltweiten Vereinigung. Ein Auto zum Beispiel ist ein durch und durch internationales Produkt. Von der Förderung der Rohstoffe bis zu seinem Verkauf sind hunderttausende Arbeiterhände auf quasi allen Kontinenten daran beteiligt. Anders kann die moderne Industrie gar nicht funktionieren. Sie lässt sich ebenso wenig auf ein Land begrenzen wie die von ihr verursachten Probleme, ob Klimawandel und Umweltprobleme, Energiekrisen oder die derzeitige Wirtschaftskrise.

Bereits vor 100 Jahren stellten die Sozialisten daher die Perspektive der *Vereinigten Sozialistischen Staaten von Europa* auf: einer Wirtschaftsform und -vereinigung, die sich – anders als die heutige EU – an den Bedürfnissen der Menschen und nicht am Profit orientiert. 100 Jahre später, während der Kapitalismus in einer weltweiten Krise steckt, hat diese Forderung nichts von ihrer Aktualität verloren.

Eine den gesamten europäischen Kontinent umfassende sozialistische Vereinigung ist im Gegenteil heute das Mindeste, und nur als Teil einer weltweiten Vereinigung denkbar.

Frauenrechte: Vieles bleibt zu erkämpfen

Die selbsternannte EU der Menschenrechte und Demokratie erklärt sich für „nicht zuständig“, wenn es um die Rechte der Frauen in den europäischen Ländern geht.

Grundlegende Rechte, z.B. sich scheiden lassen zu dürfen, oder entscheiden zu können, ob und wann man ein Kind bekommt, sind in Europa nicht gesichert. Der Zugang zu Verhütungsmitteln und das Recht auf Abtreibung existiert nicht für alle Frauen. Im Gegenteil: In EU-Ländern wie Irland, Polen und Malta ist Abtreibung bei Gefängnisstrafe verboten.

Wollen sie uns etwa erzählen, die große EU hätte nicht die Macht, ein kleines Land wie Malta zu zwingen, das

Recht auf Scheidung einzuführen? Als Irland, Polen, Malta in die EU aufgenommen wurden, war es kein Problem, ihnen detaillierte und drakonische Vorschriften über die Höhe ihrer Zollltarife oder ihres Haushaltsdefizits zu machen. Doch mit mittelalterlichen und teils verbrecherischen Familiengesetzen findet sich die EU problemlos ab.

Ein vereintes Europa, das diesen Namen verdienen will, würde im Gegenteil die weitreichendsten und fortschrittlichsten Rechte, die in einzelnen EU-Staaten existieren, allen Frauen in Europa garantieren – ob es um das Recht auf Abtreibung, den Schutz vor Gewalt, um Arbeits- und Mutterschutz oder Kinderbetreuung geht.

Löhne und soziale Rechte nach oben angleichen!

Ob Sozialgesetze, Renten oder Löhne – hier macht jedes EU-Land, was es will. Das Rentenalter ist mal bei 60, mal bei 67, das Streikrecht ist in jedem Land verschieden, ganz zu schweigen von der Arbeitszeit oder der Höhe der Löhne. 20 Staaten haben einen Mindestlohn, doch der reicht von 9,49 Euro in Luxemburg und 8,71 Euro in Frankreich... bis 0,71 Euro in Bulgarien. Und 7 Staaten, darunter Deutschland, haben gar keinen.

Dass es in der EU möglich ist, bis ins Detail Verpackungsgrößen festzulegen, alle Wirtschafts- und Handelsgesetze zu vereinen und sogar eine gemeinsame Währung einzuführen, aber Gesundheitsversorgung oder Arbeitszeiten nicht in Ansätzen vereint werden, ist kein Zufall. Die Konzerne in Europa brauchen einen einheitlichen Markt für ihre Waren. Und sie wollen

die Unterschiede bei Löhnen und Sozialgesetzen. Was gibt es schöneres, als mit den schlechteren Löhnen, den längeren Arbeitszeiten im Nachbarland die Arbeiter der verschiedenen Länder gegeneinander auszuspielen und so letztlich alle nach unten zu ziehen?

Die Arbeitenden hingegen können nur ein Interesse an einer Vereinheitlichung der Löhne und sozialen Bedingungen in ganz Europa haben – und zwar an einer Angleichung nach oben! Dies würde den Arbeitern in den ärmeren Ländern nutzen, die so deutlich bessere Lebensbedingungen erhielten. Und es würde in den reicheren Ländern den permanenten Konkurrenzdruck schwächen.

Das fängt an bei einem einheitlichen Mindestlohn in ganz Europa – und zwar ausgerichtet am höchsten Mindestlohn, der in der EU existiert.

Nein zur Festung Europa!

Während die Grenzen zwischen den europäischen Staaten durchlässiger werden, werden die Grenzzäune um Europa immer höher.

In Osteuropa bezahlen die Menschen die Öffnung der Westgrenzen mit einer neuen, noch härteren Trennung im Osten. Bevölkerungen, die über zig historische, wirtschaftliche, menschliche und familiäre Beziehungen verbunden sind, werden zerrissen durch die neue Grenze aus Stacheldrahtzäunen und massiven Militäraufgeboten.



An der spanischen Grenze zu Marokko zeugen Fetzen blutiger T-Shirts von den erfolglosen Versuchen der Flüchtlinge, die meterhohen, mit modernster Technologie ausgerüsteten Todeszäune zu überwinden.

Diejenigen, die über das Mittelmeer

nach Italien oder Malta gelangen, kommen selten weiter als bis zum Abschiebegefängnis an der Küste. Wenn sie überhaupt bis dahin gelangen! Zahllose Menschen, die vor Krieg, Hunger und Krankheit flohen, auf die oft eine ganze Familie ihre Hoffnungen setzt, lassen bereits vor der Küste ihr Leben – auf den Flüchtlingsschiffen, die kein europäisches Land in seinen Hafen laufen lässt, bis sie untergehen.

Das Mittelmeer, seit Jahrtausenden traditioneller Raum der Begegnung unterschiedlicher Kulturen und Völker, wird durch diesen neuen eisernen Vorhang zu einem Massengrab, das sich jedes Jahr mit weiteren tausenden Leichen füllt.

Doch auch mit diesen barbarischen Methoden wird Europa nicht die Armut der Welt von sich fernhalten können. Solange der Kapitalismus in einem großen Teil der Welt Elend und Krieg hervorbringt, wird kein Zaun so hoch, keine Grenze so bestialisch sein, als dass sie die Elenden davon abhalten könnten, es zu versuchen... und sei der Strohalm der Hoffnung, an den sie sich klammern, auch noch so dünn.

Die EU: beliebter Sündenbock für unbeliebte Maßnahmen

Das europäische Parlament, das am 7. Juni gewählt wird, hat noch weniger Rechte als der Bundestag – und Macht hat es überhaupt keine. Es dient nur zur Dekoration und – wie alle europäischen Einrichtungen – als Sündenbock.

Wenn die Bundesregierung ein unbeliebtes Gesetz verabschiedet, heißt es oft genug: „Europa ist schuld, wir können nichts dafür“ oder „Das hat Brüssel so entschieden.“ Dabei verschweigt sie, dass alle wichtigen Entscheidungen in der EU von allen Regierungen der EU-Staaten gemeinsam gefasst werden – und zwar einstimmig. Jedes unbeliebte EU-Gesetz also hat die deutsche Regierung selber mit beschlossen.

Die Kapitalisten und ihre Politiker nutzen die EU als Ausrede, um etwas zu tun, was sie sowieso vorhaben: Nämlich die Profite der Kapitalisten immer mehr zu erhöhen, indem sie die Arbeiter immer mehr auspressen und alles mögliche Geld aus den öffentlichen Kassen rauben – ob mit Hilfe eines EU-Gesetzes oder ohne.

Das wahre Gesicht gezeigt

Mit Holzstangen und Steinen hat in Dortmund ein Mob von 400 Rechtsradikalen die Teilnehmer der DGB-Demonstration am 1. Mai überfallen.

Wie in vielen Städten in Deutschland und auf der ganzen Welt waren auch in Dortmund am 1. Mai Arbeitende gegen die weltweiten Angriffe in Folge der Krise auf die Straße gegangen. Sie forderten unter anderem den Erhalt der Arbeitsplätze und Löhne, und dass die Krise von ihren Verursachern gezahlt wird.

Die Rechtsradikalen, die sich sonst immer gerne als die Stimme des kleinen Mannes aufspielen, haben mit ihrem geplanten, brutalen Überfall auf diese Demonstration offen gezeigt, dass sie in Wahrheit ein Feind der Arbeiter sind, dass sie auf der Gegenseite stehen, wenn Arbeitende auf der Strasse für soziale Forderungen eintreten.

Bahn-Manager: ein teures Abstellgleis

3 Spitzenmanager der Deutschen Bahn müssen wegen der illegalen, jahrelangen heimlichen Überwachung aller Bahn-Beschäftigten ihren Posten aufgeben. Aber keine Angst, ihre „Arbeitslosigkeit“ wird nicht hart. Da sie ja „keine schlimmen Fehler“ begangen haben, bekommen sie nämlich weiter ihr Gehalt bezahlt, bis zum Ende ihres Vertrages.

Klar, man muss schon größere Verbrechen begehen, um eine fristlose Kündigung zu erhalten... zum Beispiel für 1,30 Euro Pfandbons falsch abrechnen.

Kurzarbeit: Die ganze Belegschaft als Tagelöhner?

Die Regierung will die Kurzarbeit ab dem 7. Monat für Unternehmen komplett kostenlos machen. Sie bezahlen ihre Arbeiter dann nur noch an den Tagen, an denen diese arbeiten.

An den Tagen der Kurzarbeit erhalten die Arbeitenden nur 60%, bzw. 67% ihres Gehalts, und zwar vom Arbeitsamt. Bislang müssen die Unternehmen wenigstens 40% der sogenannten „Lohnnebenkosten“ wie Krankenkassenbeiträge bezahlen. Doch nun sollen auch die zu 100% von der Arbeitsagentur übernommen werden.

Man sagt uns, dies sei der saure Apfel, in den wir zur Sicherung der Arbeitsplätze beißen müssten. Doch dies ist eine dreiste Lüge. Dieser Verzicht der Arbeitenden rettet ebenso wenig Arbeitsplätze wie all der Verzicht der Jahre vorher.

Alle großen Unternehmen, ob Bosch, BASF oder ThyssenKrupp machen beides: Sie alle haben Kurzarbeit und bauen tausende Arbeitsplätze ab. Die Kurzarbeit dient ihnen einzig dazu, dass sie die übrigen Arbeiter, die sie weiterhin behalten wollen, möglichst schlecht bezahlen und gleichzeitig flexibel einsetzen können... nicht selten mit mehr Stress als vorher und sogar Sonderschichten am Wochenende.

Der Konzernchef von ThyssenKrupp hat offen erklärt: „Wir müssen die Krise als Chance nutzen, um den Konzern für die Zukunft strategisch gut aufzustellen.“ Darum geht es: Die Konzerne nutzen die Krise aus, um dauerhafte Verschlechterungen in der Arbeiterschaft durchzusetzen.

Seit Jahren versuchen sie alles, dass ihre Arbeiter zum Nulltarif rund um die Uhr abrufbereit und an alle Höhen und Tiefen der Produktion angepasst sind.

Statt fester Arbeitsverhältnisse mit festen Arbeitszeiten haben sie Stundenkonten, Schichtmodelle, befristete Verträge, Leiharbeit eingeführt.

Das geplante Gesetz zur Kurzarbeit ist der vorläufige Höhepunkt dieser Entwicklung: Die Firmen können jeden Arbeiter von einem auf den nächsten Tag zur Arbeit rufen oder nach Hause schicken, wie es ihnen beliebt, und müssen sie nur noch an den Tagen bezahlen, an denen viel zu tun ist.

100 Jahre zurück?

Die gesamte Belegschaft bekommt so den Status von Leiharbeitern, Tagelöhnern – jeder Schwankung der Produktion unterworfen, auf die sie keinen Einfluss hat; ohne zu wissen, an wie vielen Tagen man arbeitet und wie viel Geld man am Ende des Monats erhält.

Für die Konzerne ist die Krise eine „Chance“, wieder Arbeitsbedingungen zu schaffen wie vor 100 Jahren. Doch dies war auch die Zeit der größten Arbeiterkämpfe, die Deutschland je erlebt hat... und in der diese Konzerne das Fürchten lernten.

Nur himmlische Fahrten mit der EVAG

Für Aufschriften wie „Es gibt (mit an Sicherheit grenzender Wahrscheinlichkeit) keinen Gott“ wollte die *Kampagne für eine nichtreligiöse Weltsicht* Werbeflächen in Bussen und Bahnen nutzen. In Spanien, England oder den USA ist dies kein Problem.

Doch in Deutschland weigerten sich die Verkehrsbetriebe sämtlicher Städte, ihre Werbeflächen hierfür zu vermieten. Nur die Essener Verkehrsbetriebe (EVAG) hatten zunächst zugesagt. Nachdem sich jedoch vereinzelt EVAG-Nutzer massiv beschwerten, machten auch sie einen Rückzieher... mit der Begründung, man wolle auf diese gläubigen Fahrgäste nicht verzichten.



Nicht-Gläubige (links) dürfen für ihre Weltsicht nirgendwo in deutschen Bussen und Bahnen werben. Die Kirchen (rechts) dagegen fast überall.

Dieselben Fahrgäste finden es völlig normal, dass Nicht-Gläubige – laut Ipsos-Umfragen immerhin ein Viertel der Bevölkerung in Deutschland – seit Jahren in Bussen und Bahnen fahren mit Werbung wie „Der Herr ist mein Hirte“ oder „Jesus liebt dich“.

Aber kein Verkehrsbetrieb hatte den Mut, dem die Stirn zu bieten. Und so gibt es Meinungsfreiheit in Deutschland nur... mit göttlichem Segen.

Das Abrakadabra mit den Arbeitslosen

Im Mai lösen sich fast 200.000 Arbeitslose wie durch Magie in Luft auf. Sie fallen aus der Statistik heraus. Denn die Regierung hat beschlossen, Arbeitslose, denen eine private Vermittlungsagentur bei der Jobsuche hilft, nicht mehr als Arbeitslose zu zählen.

In den letzten Jahren sind über ähnliche Zaubertricks bereits... 3,2 Millionen Arbeitslose aus der Statistik verschwunden. Mit ihnen sind weit über 6,5 Millionen Menschen in Deutschland arbeitslos.

Dabei könnte die Regierung ganz ohne Zaubertricks wirksam etwas gegen die Arbeitslosigkeit machen: Wenn die Reichsten mehr besteuert würden, könnten sie davon dringend nötige Arbeitsplätze in Krankenhäusern, Altenheimen oder Schulen schaffen.

Wollen Sie uns erreichen?

DAS ROTE TUCH

Postfach 10 08 02

45008 Essen

E-Mail: das-rote-tuch@gmx.de

Telefon: 0157 – 76493485